

# Der Kampf um die Tarifverträge – mehr als ein Kampf um Lohn und Arbeitszeit

Wahl 2005

Unsere Tarifverträge sind zerfetzt. Drei Viertel aller Kapitalisten hierzulande unterschreiten sie tagtäglich (WSI-Mitteilungen des DGB vom Juni 2005). Die einen lassen die Arbeiter länger malochen, die anderen zahlen Hungerlöhne unter Tarif und viele verlängern die Arbeitszeiten und zahlen gleichzeitig weniger. Das gewünschte Ergebnis: Die Profite steigen und die deutschen Konzerne leben wie die Made im Speck: Die Gewinne der 30 größten Konzerne explodierten im letzten Jahr um durchschnittlich 80%! (Süddeutsche Zeitung vom 22.7.05).

Wer jetzt meint, das reiche denen doch endlich, hat die Rechnung ohne den Wirt – den Kapitalismus – gemacht. Die Konkurrenz unter den Kapitalisten verlangt nach ständig höheren Gewinnen. Wer da nicht mithält, wird vernichtet.

Wenn es heute 80% mehr Profit sind, so müssen es morgen 90% sein und übermorgen ... und alles auf dem Rücken der Arbeiter, ihren Löhnen, ihren Arbeitszeiten, ihren Tarifen, ihrer Gesundheit und ihrem Leben.

## Zerfetzte Verfassung

Einem Teil der Kapitalisten genügt auch das nicht, und sie setzen auf die völlige Zerschlagung der Tarifverträge. Bis zum heutigen Tag erlaubt das Tarifvertragsgesetz nur Abweichungen vom Tarif zu Gunsten der Beschäftigten durch übertarifliche Löhne oder kürzere Arbeitszeiten und wird "Günstigkeitsprinzip" genannt. Das ist den Geldsäcken ein Dorn im Auge. Sie wollen dieses Prinzip auf den Kopf stellen und verlangen die gesetzliche

Änderung des "Günstigkeitsprinzips" – und in der Konsequenz seine völlige Abschaffung.

Der dummdreiste Trick: Durch Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen würden Arbeitsplätze gerettet und deswegen sei die gesteigerte Ausbeutung im Tarifvertragsgesetz festzuschreiben. Im Jargon der Kapitalistenverbände liest sich das dann so: "Wir treten deshalb dafür ein, das gesetzliche Tarifrecht fortzuentwickeln und das Günstigkeitsprinzip klarzustellen: Eine vom Flächentarif abweichende Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß auch ohne Zustimmung der Tarifpartner möglich sein und als günstig gelten, wenn der Betriebsrat einer solchen Vereinbarung zustimmt und dadurch Beschäftigung gesichert oder neue Arbeitsplätze geschaffen werden." (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 4. Juli 2005)

Den kapitalkräftigen Herrenreitern reicht die Zustimmung der Gewerkschaften zu längeren Arbeitszeiten ohne Bezahlung offensichtlich nicht, und sie verlangen noch mehr von ihren Knechten. Frau Merkel

liest den deutschen Unternehmern am Rande des Aachener Reitturniers die Wünsche von den Lippen ab und verkündet im Wahlprogramm von CDU/CSU: "Wir werden deshalb das Günstigkeitsprinzip im Tarifvertragsgesetz dahingehend ergänzen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber abweichend von einem Tarifvertrag einzelvertragliche Vereinbarungen schließen können, wenn dies der Beschäftigungssicherung



## Stoiber in den Fußstapfen von Strauß

Wieder einmal hat sich ein CSU-Chef und bayrischer Ministerpräsident im Wahlkampf mit markigen Sprüchen hervorgetan und dabei auch die eigene "Schwesterpartei" verprellt.

Franz Josef Strauß war und ist Stoibers großes Vorbild. Sein Ehrgeiz geht dahin, es diesem Vorbild gleichzutun. Auch wenn er nicht dessen Statur hat und seine ehrgeizigen Bemühungen manchmal peinlich bis lächerlich wirken (ob Strauß im Bierzelt poltert oder ein Streber, der ihn nachmacht, ist schon ein Unterschied) - sie sind deshalb nicht weniger gefährlich. Schon immer irrten die, die die CSU mit ihrem Bierzeltgepolter nur für eine folkloristische Erscheinung hielten. Es ist kein Zufall, daß die CSU eine eigene Partei ist und nicht "nur" ein Landesverband der CDU.

Schon in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts, nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik, marschierte die "Ordnungszelle Bayern" gegen Republik und Demokratie. 1923 putschte die bayrische Regierung gegen die Republik, was die Nazis zu dem (kläglich verlaufenen) Hitler-Putsch nutzen konnten.

Nach 1945 setzte die CSU die "Ordnungszelle Bayern" fort. "Wenn die Verflachung der deutschen Politik beginnt, dann

wird aus den bayrischen Bergen die Rettung kommen."(Strauß) Was das heißt, konnten Gewerkschafter in Bayern immer wieder erleben.

"...wir müssen all diejenigen erreichen, für die es in Betracht kommt, auch unter Bauchgrimmen CSU zu wählen. Wir müssen unser Potential optimal ausschöpfen. Und wenn wir das tun, meine Damen und meine Herren, dann geht an Bayern und an der CSU nichts vorbei."(Stoiber am 5.8.2005 in Deggendorf) Darum, nicht um einen Posten als "Superminister", geht es Stoiber in erster Linie!

Wenn Merkel Frau Brüning ist, wer ist dann Stoiber?

Auf jeden Fall erinnert er mit seinem Verhalten daran, daß die Geschichte nicht bei Brüning stehenblieb. Ob er in Merkels Kabinett als "Superminister" sitzt oder lieber in der "Ordnungszelle Bayern" ist dabei nicht entscheidend.

### **Merkel ist nicht das „kleinere Übel“.**

Die Kritik an Stoiber aus dem Merkel-Lager und aus der SPD klang ziemlich ähnlich: Beide betonten ihre gesamtdeutsche Haltung. Auch das erinnert an Brüning, der bis 1932 von der SPD toleriert wurde, da er als "Republikaner" das "kleinere Übel" sei gegenüber den Deutschnationalen und den Faschisten.

**Wenn wir das kleinere  
Übel tragen  
Dann wird uns das  
größere geschenkt.  
Und wir schluckten den  
Pfaffen Brüning  
Damit's nicht der Papen  
sei  
Und wir schluckten den  
Junker Papen,  
Denn sonst war am  
Schleicher die Reih.  
Und der Pfaffe gab es  
dem Junker  
Und der Junker gab's  
dem General  
Und der Regen floß nach  
unten  
Und der floß ganz  
kolossal.**

(Bertolt Brecht, Das Lied vom Klassenfeind)

**Wissen  
ist  
Macht!**



**Ein kostenloses staatliches  
Gesundheitswesen ist das Mindeste**  
Gesundheitsreform 2003:

**Ein Konsens und seine Kosten**  
Gegen die Zerschlagung der noch  
vorhandenen Reste von Volksgesundheit  
**Die Niedervereinigung eines  
funktionierenden Gesundheitssystems**

Die Zerschlagung eines funktionierenden  
Gesundheitswesens durch die Annexion der DDR  
64 Seiten, 2 Euro

Diese und weitere Broschüren zu aktuellen Fragen, Literatur zur Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung, Romane, Erzählungen und Musik-CDs im  
**Buchladen „Das Freie Buch“, Denisstr. 21, Nürnberg**  
Öffnungszeiten Die, Do, Fr, 17.00 bis 19.30 Uhr

# Streik gegen Lohnraub bei DaimlerChrysler in Bremen



Nach mehreren harten Diskussionen im Vertrauenskörper um den Dienstleistungstarifvertrag sind am Donnerstag, den 7. Juli 2005 rund zweieinhalbtausend Kolleginnen und Kollegen zum Verwaltungsgebäude gezogen, um gegen Fremdvergabe und Dienstleistungstarifvertrag zu protestieren. Die Werkleitung hatte für knapp 1600 Beschäftigte die Überführung in den Dienstleistungstarifvertrag beantragt, darunter auch die produktionsnahe logistische Versorgung. Das hätte zur Folge: Arbeitszeitverlängerung auf 39 Stunden pro Woche, wobei nur 35 bezahlt werden, sowie zusätzliche Lohn- und Gehaltskürzungen.

Ab 9.00 Uhr sammelten sich Gabelstapler, Feuerwehrautos und Kollegen mit Transparenten und selbst gemalten Tafeln in Nord- und Südwerk, um mit Hupen, Trillerpfeifen und Fanfaren zum Werkleiter zu marschieren. Losungen waren: "Ein Betrieb – eine Belegschaft – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag KEIN DIENSTLEISTUNGSTARIF-VERTRAG!"

Oder "Wir sind ein Betrieb – Keine Fremdvergabe"; auf allen Schilder war die klare Ansage "Wir lassen uns nicht spalten – Kein Dienstleistungstarifvertrag". Die Kollegen waren, das zeigte sich in einigen Reden, sehr aufgebracht. U.a. wurde der Dienstleistungstarifvertrag in Zusammenhang gebracht mit den Angriffen des Kapitals auf den Tarifvertrag, speziell in den Punkten Arbeitszeit und Löhne, auf die Gesundheit und auf die Gewerkschaften als Ganzes. Dem Werkleiter wurde garantiert, dass die Kollegen wieder kommen werden. Im Anschluss an diese Aktion marschierten gut 600 Kollegen vor das Werkstor, um über die Hochbrücke im Südwerk wieder in den Betrieb zurück zu gehen. Insgesamt dauerte das alles 2 Stunden. Besonders erfreulich war, dass nicht nur die unmittelbar jetzt Betroffenen draußen waren, sondern viele von den Bändern. Erstmals war auch fast das gesamte Kundencenter (Wagenauslieferung) dabei, so dass so mancher Kunde auf sein Auto warten musste. Der Bereich Küche/Kantine war fast komplett da, vom Koch bis zur Verkäuferin. Die Stimmung war hervorragend und jedem ist klar: Das war erst der Anfang.

oder dem Beschäftigungsaufbau dient." Dieser Angriff auf die tariflichen Löhne und Arbeitszeiten gilt auch den Gewerkschaften. Dieser Angriff gilt auch dem Grundgesetz, nach dem Eingriffe in die Tarifverträge verboten sind. Wenn es so weiter geht, steht irgendwann die gesamte Republik auf dem Spiel. Neu ist das alles nicht.

### **Zerstörte Republik**

Vor über 70 Jahren führten die gierigen Forderungen des Großkapitals und seiner reaktionären Parteien zur Liquidierung der Weimarer Republik. Der damalige Kanzler Brüning war der Vorläufer von Frau Merkel. Mit Zwangsschlichtungen wurden die Tarifverträge angegriffen und schon damals ein "Weltrekord an Lohnkürzungen" (so der US-amerikanische Journalist H.R. Knickerbocker 1932) herbeigeführt. "Nach diesem Angriff" schreibt der Gewerkschafter Kampen im Kommentar zum Tarifvertragsgesetz, "war die Folgezeit bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 von immer stärkeren Eingriffen des Staates in die Tarifautonomie geprägt." Brünings Nachfolger von Papen liquidierte im Herbst 1932 das Günstigkeitsprinzip, das damals "Unabdingbarkeit" genannt wurde. 1933 vollendeten die Nazis, was Großkapital und Bürgertum vorangetrieben hatten.

Damals waren die Gewerkschaften noch gegen Abweichungen von den Tarifen. Heute unterschreiben Gewerkschaftsführer und Betriebsratsfürsten eine Verschlechterung nach

- **Weg mit den Hartz-Gesetzen !  
Weg mit der Agenda 2010 !**
- **35 – Stundenwoche per Gesetz!**
- **Die Reichen müssen zahlen!**
- **Arbeiterkassen in Arbeiterhand !**
- **Kein Krieg von deutschem Boden aus!**
- **Nein zum deutschen Sicherheitsratssitz  
Ja zum Potsdamer Abkommen**

der anderen. Man könnte nun meinen, das ständige Nachgeben der Gewerkschaftsoberen gegenüber dem Kapital könnte die weitere Entwicklung nach rechts verhindern. Weit gefehlt!

Damals waren die Gewerkschaften zwar noch gegen die Angriffe auf die Tarife, aber den Kampf dagegen organisierten sie nicht. Streikten 1925 noch über 750.000 Arbeiter, so fiel die Anzahl der Streikenden im Jahr 1929 auf 220.000 und sank auf 130.000 im Jahre 1932.

Anstatt die Angebote der Kommunisten zum gemeinsamen Kampf gegen Reaktion und Krieg anzunehmen, lehnten die Vorstände von SPD und Gewerkschaften selbst bei Gefahr des eigenen Untergangs politische Streiks ab. Der Dank des Vaterlandes war gewiss. 1933 erfüllten die Nazis Kapitalistenträume: Die Tarifverträge wurden abgeschafft und die Gewerkschaften zerschlagen. 1939 waren die deutschen Großkonzerne erneut so weit, durch Weltkrieg und Raub die Profite ins Unermeßliche zu steigern. Das alles kam damals nicht über Nacht, sondern wurde Schritt für Schritt vorbereitet. Mit einem Schritt zertraten sie die Tarifverträge, mit einem weiteren die Republik sowie die Gewerkschaften, und letztlich besorgten die Militärstiefel den Rest.

Aus all dem wird deutlich, welche Schritte **wir** zu gehen haben und worin **unsere** Wahl besteht.



**Keine  
Stimme  
für  
Frau  
Brüning!**

### **Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Ortsgruppe Nürnberg**

Kontakt: „Das freie Buch“, Denisstr. 21, Nürnberg, geöffnet: Di, Do, Fr, 17.00 – 18.30 Uhr; ViSdP: H.Wagner,  
E-Mail: [og-nuernberg@arbeiterbund.de](mailto:og-nuernberg@arbeiterbund.de); Internet: [www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de](http://www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de) / Sept. 05